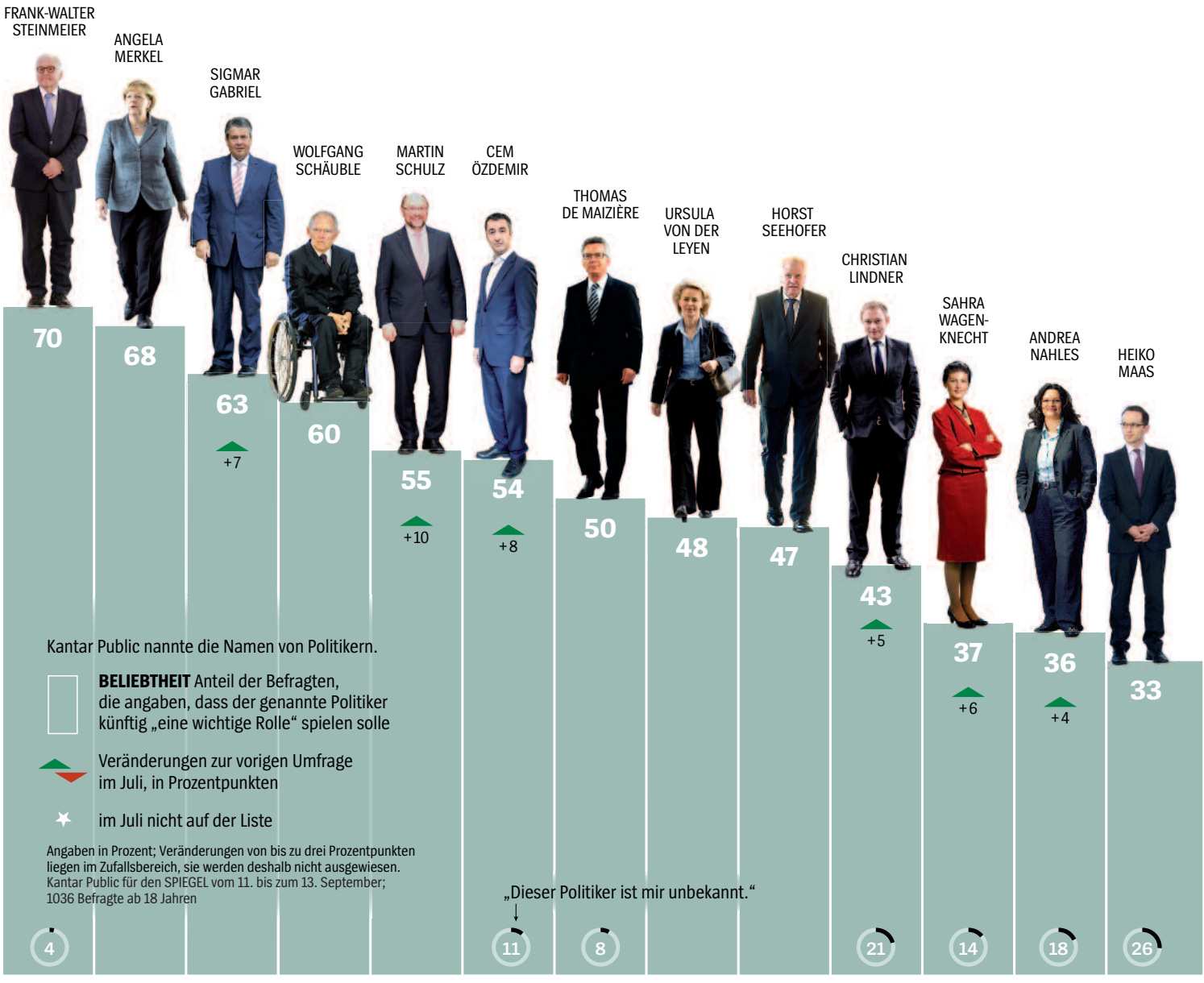
Europa

Berlin schützt Lobbyisten

Deutschland wehrt sich gegen schärfere Transparenzregeln der EU.

Die Bundesregierung sperrt sich gegen eine Ausweitung der EU-Transparenzregeln für Treffen von Beamten mit Lobbyisten. So weigert sich Deutschland, die Regeln für ein verpflichtendes Lobbyistenregister, die derzeit verhandelt werden, auf die EU-Botschafter in den Ständigen Vertretungen sowie auf mit Verhandlungen in Brüssel betraute Ministerialbeamte zu übertragen. Dies geht aus vertraulichen Berichten zu den entsprechenden Verhandlungen im Rat hervor. Die EU-Kommission hatte im vorigen Jahr ein Transparenzregister für die drei zentralen EU-Institutionen vorgeschlagen. Danach sollen nur noch registrierte Lobbyisten Zugang zu hochrangigen Beamten erhalten. Derzeit diskutieren die Mitgliedstaaten, ob sie die Regeln im Rat übernehmen sollen.

Im Gespräch ist auch eine freiwillige Anwendung beispielsweise für die Ständigen Vertretungen bei der EU. „Wir äußerten uns weisungsgemäß kritisch“, heißt es in einem Kabel deutscher Diplomaten an das Auswärtige Amt. Damit befindet sich die Bundesrepublik in eher unangenehmer Gesellschaft. Während Länder wie Schweden oder die Niederlande kein Problem damit haben, die EU-Regeln auch auf ihre Unterhändler in Brüssel anzuwenden, halten neben Deutschland vor allem Länder wie Ungarn oder die Slowakei dagegen. Die Treffen der Ständigen Vertreter seien Gegenstand nationaler Transparenzregeln, argumentieren die Deutschen in Brüssel, „der Rat sollte daher darauf verzichten, die Mitgliedstaaten zur Anwendung der EU-Regeln aufzufordern“. mp



Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

Wahlkampf

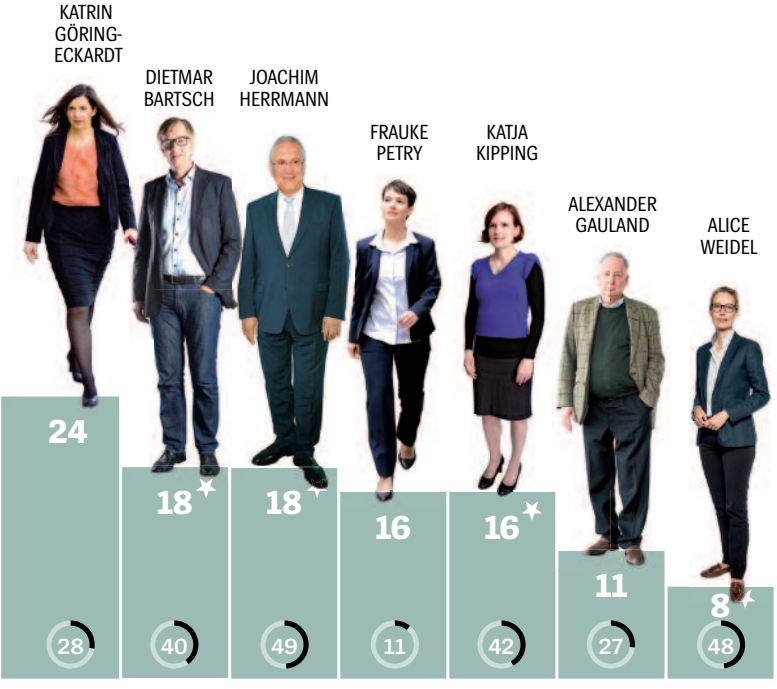
Teure Plakate

Der SPD drohen nach einem verlorenen Rechtsstreit Kosten von mehr als einer halben Million Euro. Das Landgericht Berlin verurteilte die Partei Ende August, weil sie einer Vertriebsfirma die Wahlplakate aus dem Bundestagswahlkampf 2013 nicht bezahlt hatte. Die SPD begründete den Schritt damit, dass die ökologisch angefertigten Plakate nicht wetterfest gewesen seien, da sie sich nach wenigen Wochen bereits gewellt hätten. Die Vertriebsfirma Kompla verklagte die SPD daraufhin. „Es ist nicht unser Fehler, wenn die Plakate von der Partei nachlässig aufgehängt wurden und der bislang größte Hagelsturm Deutschlands noch sein Übriges dazutut“, sagt Firmenchefin Silke Lahnstein. Das Gericht gab ihr in wesentlichen Punkten recht. Lahnstein hofft nun, dass die SPD den vom Gericht zugesprochenen Betrag von über 390 000 Euro plus Zinsen bald überweist. Für die SPD kommen noch die Kosten des Verfahrens hinzu. Eine außergerichtliche Einigung war zuvor gescheitert. Die Partei überlegt, das Urteil anzufechten. akm

Umfrage

Schulz holt auf

Eine Woche vor der Bundestagswahl hat SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz auf der SPIEGEL-Politikertreppe gegenüber Juli klar zugelegt. Während die SPD in einer aktuellen Umfrage nur noch bei 20 Prozent steht, konnte Schulz in seinen persönlichen Werten den Abstand zu Kanzlerin Angela Merkel deutlich verringern. Im Wettlauf der kleineren Parteien liegt der Grüne Cem Özdemir vorn, er landet deutlich vor Christian Lindner (FDP) und Sahra Wagenknecht (Linke). Unten im Ranking stehen die AfD-Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland.



FREDRIK VON ERICHSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Anhörung eines Asylbewerbers in Bingen

Flüchtlingskontrollen

„Eher bescheiden“

Die groß angekündigte Überprüfung Tausender Flüchtlinge, die sich womöglich ihren Aufenthalt erschlichen haben, entpuppt sich als Reinfall. Nach der Affäre um den Bundeswehroffizier Franco A., der sich als syrischer Asylbewerber ausgegeben hatte, ließ Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) 85 000 Fälle neu aufrollen. Ministerialbeamte bemängeln nun, das bisherige Vorgehen sei ungeeignet, um Schummler ausfindig zu machen. Die Ergebnisse der Kontrolle dürften „eher bescheiden ausfallen“, heißt es in einem Papier für den Minister. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat im August mit den Überprüfungen begonnen und konzentriert sich zunächst auf Syrer, die lange Zeit bei Asylanträgen lediglich einen Fragebogen ausfüllen mussten, dazu kommen Afghanen ohne Passpapiere. Bei diesen „Widerrufsprüfungen“ darf das Amt allerdings Flüchtlinge nur zu einem freiwilligen Gespräch einladen. Tauchen sie nicht auf, kann die Behörde wenig machen. „Bis jetzt nicht identifizierte Täuscher werden einer Einladung zum freiwilligen Gespräch mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht folgen“, warnen de Maizières Fachleute. Das angestrebte Ziel werde „so nicht erreicht“, eine Gesetzesänderung sei nötig. sve, wow

Grüne

Parteichef Habeck?

Grüne Basismitglieder versuchen, den Weg für Robert Habeck an die Bundesspitze der Partei zu ebnen. Ein Antrag für den Parteitag im Oktober sieht vor, die Satzung der Grünen zu ändern: Künftig sollen auch Mitglieder von Landesregierungen Mitglied im Bundesvorstand sein dürfen. Damit könnte Habeck, zurzeit Umweltminister von Schleswig-Holstein, Parteichef werden. Die grüne Spitzenpolitikerin Renate Künast empfiehlt den Delegierten, diesen Antrag anzunehmen: „Es wäre doch verrückt, sich die Auswahl unnötig zu beschneiden.“ Schließlich gebe es „breite Erfahrung, authentisches Auftreten, Behaarlichkeit, Zuverlässigkeit nun nicht wie Sand am Meer“. akm